



Vorlage zum **Beschluss-Nr. 146-14/19**

Vorlage wurde ohne/ mit..... Änderungen am zum Beschluss erhoben

Vorlage wurde am abgelehnt; Vorlage wurde am zurückgezogen

1. Bezeichnung des Beschlusses	Übertragung der Aufgabe der gemeindlichen Breitbandversorgung/Breitbandausbau gemäß § 87 Abs. 3 ThürKO auf den Landkreis Nordhausen
2. Beschlusstext:	<p>Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt, zum Zwecke der Umsetzung der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015, die nachfolgenden Aufgaben im Zuge der Breitbandversorgung/ Breitbandausbau gemäß § 87 Abs. 3 ThürKO auf den <i>Landkreis Nordhausen</i> als eigene Aufgabe zu übertragen, da diese das Leistungsvermögen der Stadt Ellrich übersteigt.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Über das Markterkundungs- und Interessenbekundungsverfahren hinaus werden alle notwendigen verwaltungstechnischen Schritte einschließlich der notwendigen Vollzugslegitimationen zur Beantragung der Zuwendung, Ausschreibung und Vergabe sowie Zuwendungsabwicklung (Erstellung des Verwendungsnachweises) mit allen Befugnissen auf den <i>Landkreis Nordhausen</i> übertragen. 2. Der Landkreis kann sich bei Bedarf zur Erfüllung einzelner Aufgabenbereiche Dritter bedienen. 3. Der Zuwendungsantrag stützt sich entsprechend Ziffer 3 der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ auf die Förderung des Wirtschaftlichkeitslückenmodells oder des Betreibermodells. 5. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt auf Grundlage der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 und der „Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Ausbaus von hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen (Breitbandausbaurichtlinie)“ vom

	<p>23.10.2015 unter Berücksichtigung der von den Gemeinden zu erbringenden erforderlichen Eigenmittelbeiträge.</p> <p>6. Die Stadt Ellrich gewährleistet, dass der Eigenmittelbeitrag durch sie erbracht und mit Fälligkeit dem Landkreis Nordhausen zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>7. Die Aufgabenübertragung auf den Landkreis endet mit Ablauf der jeweiligen Zweckbindungsfrist.</p> <p>8. Ergibt sich zum Ende der Zweckbindungsfrist ein Differenzbetrag, wird der notwendige Betrag durch die übertragende Stadt/Gemeinde, ausgeglichen.</p> <p>9. Verwaltungskosten für die Wahrnehmung der Aufgabe der Breitbandversorgung/Breitbandausbaus werden durch den Landkreis Nordhausen nicht erhoben.</p>
3. Einreicher	Der Bürgermeister
4. Begründung der Zuständigkeit des Stadtrates (Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmung wurde die Beschlussvorlage erarbeitet?)	<p>ThürKO vom 28.01.2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2015 (GVBl. S. 181)</p> <p>- § 87 Abs.3 ThürKO</p>
5. Welche Beschlüsse müssen aufgrund der o. g. Beschlussvorlage aufgehoben bzw. ergänzt werden?	Keine
6. a) Mit welchem Personenkreis wurde die Beschlussvorlage beraten? b) mit wem soll sie beraten werden?	<p>Bauausschuss:</p> <p>Wirtschaftsausschuss:</p> <p>Hauptausschuss: 22.08.2016</p>
7. Welche absehbaren finanziellen Auswirkungen hat die Beschlussvorlage?	<p>Eine Aussage zu den tatsächlichen finanziellen Auswirkungen kann erst nach den Interessenbeurkundungsverfahren getroffen werden.</p> <p>Auf Grundlage der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 und der „Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Ausbaus von hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen (Breitbandausbaurichtlinie)“ vom 23.10.2015 unter Berücksichtigung der von den Gemeinden zu erbringenden erforderlichen Eigenmittelbeiträge, wird die Stadt Ellrich 10 % der Wirtschaftlichkeitslücke zu tragen haben.</p>
8. Veröffentlichung des Beschlusses?	Ja
9. Verteiler	Alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl Stadtratsmitglieder:	20 + 1	Ja-Stimmen:
davon anwesend:	Nein-Stimmen:
		Enthaltungen:

Folgende Mitglieder waren nach § 38 ThürKO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen:
-keine-

Der Beschluss wurde somit angenommen/abgelehnt.

Matthias Ehrhold
Bürgermeister

Begründung zum **Beschluss Nr.: 146-14/19**

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt, zum Zwecke der Umsetzung der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015, die nachfolgenden Aufgaben im Zuge der Breitbandversorgung/ Breitbandausbau gemäß § 87 Abs. 3 ThürKO auf den *Landkreis Nordhausen* als eigene Aufgabe zu übertragen, da diese das Leistungsvermögen der Stadt Ellrich übersteigt.

1. Über das Markterkundungs- und Interessenbekundungsverfahren hinaus werden alle notwendigen verwaltungstechnischen Schritte einschließlich der notwendigen Vollzugslegitimationen zur Beantragung der Zuwendung, Ausschreibung und Vergabe sowie Zuwendungsabwicklung (Erstellung des Verwendungsnachweises) mit allen Befugnissen auf den *Landkreis Nordhausen* übertragen.
2. Der Landkreis kann sich bei Bedarf zur Erfüllung einzelner Aufgabenbereiche Dritter bedienen.
3. Der Zuwendungsantrag stützt sich entsprechend Ziffer 3 der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ auf die Förderung des Wirtschaftlichkeitslückenmodells oder des Betreibermodells.
4. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt auf Grundlage der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 und der „Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Ausbaus von hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen (Breitbandausbaurichtlinie)“ vom 23.10.2015 unter Berücksichtigung der von den Gemeinden zu erbringenden erforderlichen Eigenmittelbeiträge.
5. Die Stadt Ellrich gewährleistet, dass der Eigenmittelbeitrag durch sie erbracht und mit Fälligkeit dem Landkreis Nordhausen zur Verfügung gestellt wird.
6. Die Aufgabenübertragung auf den Landkreis endet mit Ablauf der jeweiligen Zweckbindungsfrist.
7. Ergibt sich zum Ende der Zweckbindungsfrist ein Differenzbetrag, wird der notwendige Betrag durch die übertragende Stadt/Gemeinde, ausgeglichen.
8. Verwaltungskosten für die Wahrnehmung der Aufgabe der Breitbandversorgung/Breitbandausbaus werden durch den Landkreis Nordhausen nicht erhoben.

Begründung:

Gemäß der Richtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 gewährt die Bundesrepublik Deutschland Zuwendungen zum Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland. Die Finanzierung der Maßnahme wird durch den **Bund** mit mindestens **50 v.H.** gefördert. Zweck der Förderung ist die Unterstützung eines effektiven und technologieneutralen Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland zur Erreichung eines nachhaltigen sowie zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzes (Next Generation Access/NGA-Netz) in unterversorgten Gebieten, die derzeit nicht durch ein NGA-Netz versorgt sind und in denen in den kommenden drei Jahren von privaten Investoren

kein NGA-Netz errichtet wird (sogenannte weiße NGA-Flecken). Grundsätzlich sollen insbesondere solche Regionen unterstützt werden, in denen ein privatwirtschaftlicher Ausbau bedingt durch erhebliche Erschwernisse besonders unwirtschaftlich ist. Hierzu gehören zum Beispiel großflächige Gebiete mit geringer Einwohnerzahl. Nach Projektumsetzung sollen keine unversorgte „weiße Flecken“ in der Gebietskörperschaft verbleiben. Die Zuwendung wird als einmaliger Zuschuss für einen durchgehenden Betrieb über sieben Jahre (Bereitstellungsverpflichtung) gewährt.

Daneben gewährt der **Freistaat Thüringen** Zuwendungen gemäß der „Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Ausbaus von hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen (Breitbandausbaurichtlinie)“ vom 23.10.2015. Im Rahmen der zugelassenen Ko-Finanzierung (Lückenschluss zur Bundesförderung) beteiligt sich der Freistaat Thüringen auf Grundlage der Breitbandausbaurichtlinie ebenfalls **mit bis zu 90 v.H.** der zuwendungsfähigen Ausgaben. Bei Vorliegen besonderer Gründe (**Haushaltskonsolidierung**) kann die Zuwendung auf Antrag **bis zu 100 v.H. der zuwendungsfähigen** Ausgaben betragen.

Der **gemäß der Förderrichtlinie zu tragende Eigenmittelbeitrag in Höhe von mindestens 10 %** der zuwendungsfähigen Kosten kann durch den Freistaat Thüringen bei Haushaltskonsolidierungsgemeinden übernommen werden. Die Städte und Gemeinden, die sich nicht in der Haushaltskonsolidierung befinden, übernehmen den entsprechenden Eigenmittelbeitrag.

Die Stadt Ellrich gewährleistet, dass der Eigenmittelbeitrag durch sie erbracht und mit Fälligkeit dem *Landkreis Nordhausen* zur Verfügung gestellt wird.

Um eine flächendeckende Breitbandversorgung im Gebiet der Städte und Gemeinden des *Landkreis Nordhausen* herzustellen, beschließt die Stadt Ellrich aufgrund der fehlenden Leistungsfähigkeit die Aufgabe der flächendeckenden Breitbandversorgung/Breitbandausbau und die daraus entstehenden Rechte und Pflichten anstelle der jeweiligen Stadt/Gemeinde mit den benannten Aufgaben auf den Landkreis Nordhausen zu übertragen.

Als Ausbauziel des Breitbandausbaus wird die stabile Versorgung von mindestens 85 v.H. der Haushalte im Ausbaugebiet mit mindestens 50 Mbit/s gewährleistet. Dabei sollen die Kosten der Umsetzung der Aufgabe Breitbandausbau durch Zuwendungen des Bundes und des Freistaates gedeckt werden.

Matthias Ehrhold
Bürgermeister